

## Beschluss Innovation mit Verantwortung – Hamburg als Vorreiter für demokratische Digitalisierung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 17.02.2026  
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

### Antragstext

- 1 Digitalisierung ist kein Selbstzweck – Hamburg braucht einen Kurswechsel
- 2 Stell dir vor, ein Algorithmus entscheidet über deinen Aufenthaltstitel. Kein
- 3 Mensch erklärt dir warum. Was klingt wie Dystopie, ist in Hamburg nicht
- 4 ausgeschlossen. Denn der Koalitionsvertrag enthält keine einzige verbindliche
- 5 Regel, die das verhindert. Am Hachmannplatz startet die KI-Videoüberwachung
- 6 IVBeo, der Textassistent LLMoin wurde stadtweit ausgerollt, neue Rechenzentren
- 7 wachsen. Aber wo bleiben Transparenzregister, Bias-Audits und
- 8 Klimaschutzauflagen? Fehlanzeige.
- 9 Digitalisierung wird in Hamburg effizienzgetrieben gedacht: schneller,
- 10 günstiger, weniger Personal. Die demokratischen Implikationen bleiben auf der
- 11 Strecke. „Wird geprüft“ ist die schwächste Formulierung im Koalitionsvertrag –
- 12 und genau diese Formel findet sich beim Datenschutzkompetenzzentrum und beim
- 13 eigenständigen Digitalisierungsausschuss. Das reicht nicht. Hamburg braucht
- 14 einen Kurswechsel:
- 15 weg von blinder Technikbegeisterung, hin zu demokratischer Digitalisierung mit
- 16 klaren Leitplanken.
- 17 Künstliche Intelligenz darf nicht unkontrolliert bleiben
- 18 Zwischen Textassistenz und Grundrechtsentscheidungen liegt eine rote Linie. KI
- 19 darf auch in Zukunft niemals allein über Sozialleistungen, Aufenthaltstitel oder
- 20 strafrechtliche Bewertungen entscheiden. Menschliche Letztverantwortung muss
- 21 immer garantiert sein. Der EU AI Act wird seit Februar 2025 stufenweise
- 22 umgesetzt – mit Verboten für biometrische Massenüberwachung und Social Scoring,
- 23 mit strengen Pflichten für Hochrisiko-KI.
- 24 Doch die Umsetzung gerät ins Stocken: Die EU-Kommission will mit dem Digital
- 25 Omnibus die Hochrisiko-Pflichten um 16 Monate verschieben, nachdem sie die
- 26 offene Forderung von Tech-Konzernen nach einer Aussetzung erst im Juli 2025
- 27 zurückgewiesen hatte.
- 28 Hamburg plant jedoch eine „innovationsfreundliche“ Umsetzung. Das klingt nach
- 29 Regulierungsvermeidung, nicht nach Grundrechtsschutz. Besonders alarmierend: Die
- 30 geplante Rechtsgrundlage für biometrischen Abgleich polizeilicher Daten mit
- 31 „allgemein zugänglichen Internet-Daten“ verstößt gegen den AI Act und muss
- 32 verhindert werden. Ebenso inakzeptabel ist die Polizeigesetz-Änderung aus dem
- 33 Jahr 2024 im PolDVG, die Datenweitergabe an Dritte für KI-Training erlaubt.
- 34 Gleichzeitig fehlt jede Transparenz über den KI-Einsatz in der Verwaltung.
- 35 Amsterdam hat den ersten Schritt vorgemacht: Neun europäische Städte
- 36 registrieren ihre Hochrisiko-KI-Systeme freiwillig öffentlich. Hamburg muss
- 37 folgen und sein Transparenzportal um ein KI-Register erweitern.
- 38 Klimakrise und Rechenzentren – der blinde Fleck der Digitalisierung

Über den ökologischen Preis der Digitalisierung schweigt der Koalitionsvertrag. Dabei verbrauchen Rechenzentren in Deutschland bereits 21,3 Milliarden Kilowattstunden jährlich und die benötigte KI-Rechenleistung sollen sich bis 2030 vervierfachen. Rechenzentren produzieren riesige Mengen Abwärme, die ungenutzt verpufft. Hamburg hat ein ausgebautes Fernwärmenetz – die Einspeisung ist technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll. Statt Abwärme zu verschwenden, muss sie verpflichtend ins Netz von Wärme Hamburg eingespeist werden. Und statt Herkunftszertifikate zu kaufen, müssen Rechenzentren neue Wind- und Solaranlagen finanzieren. Klimaschutz bei der Digitalisierung ist kein Luxus – er ist eine Überlebensfrage.

Digitale Teilhabe ist kein Luxus – sie ist ein Grundrecht

„Digital First“ darf nicht zu „Digital Only“ werden. Millionen Senior\*innen in Deutschland sind offline. Ein Viertel der Bürgergeld-Empfänger\*innen ist akut von digitaler Ausgrenzung bedroht. Wenn Verwaltungsleistungen nur noch digital zugänglich sind, schließen wir genau diese Menschen aus. Für jedes digitale Verwaltungsangebot muss eine gleichwertige analoge Alternative dauerhaft bestehen – alles andere ist digitale Exklusion. Menschen in Armut brauchen kostenlose Computer, Tablets und Internet-Zuschüsse. Digitale Bildung heißt mehr als Tablet-Bedienung. Schüler\*innen müssen verstehen, wie Algorithmen ihre Wahrnehmung steuern und wie KI-Systeme Entscheidungen treffen. Kritische digitale Mündigkeit gehört fächerübergreifend in den Unterricht. Gleichzeitig muss Hamburg die Nutzung von Microsoft 365 beenden und auf datenschutzkonforme Open-Source-Alternativen setzen.

Hamburg muss Verantwortung übernehmen

Wir fordern nicht weniger Innovation, sondern die richtige: Eine, die Grundrechte schützt, Klima bewahrt und niemanden zurücklässt.

- AI Act konsequent umsetzen – keine Aufweichung für Innovation:

Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf, Hamburg im Bundesrat klar gegen jede Aufweichung des EU AI Acts zu positionieren, sowohl gegen die Forderung von Tech-Konzernen nach einer zweijährigen Aussetzung als auch gegen die im Digital Omnibus der EU-Kommission vorgeschlagene Verschiebung der Hochrisiko-KI-Pflichten.

Der risikobasierte Ansatz wird vollständig umgesetzt: Verbote für biometrische Massenüberwachung und Social Scoring, strenge Transparenz- und Auditpflichten für Hochrisiko-KI. Die geplante Rechtsgrundlage für biometrischen Abgleich mit Internet-Daten wird verhindert. Die Polizeigesetz-Änderung zur Datenweitergabe an Dritte für KI-Training wird zurückgenommen.

- KI-Transparenzregister und unabhängige Aufsicht:

Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass das Hamburger Transparenzportal um ein öffentliches KI-Register nach Amsterdamer Vorbild erweitert wird. Alle Hochrisiko-KI-Systeme der Verwaltung werden registriert – mit Angaben zu Funktionsweise, genutzten Daten und Diskriminierungsrisiken. Unabhängige Bias-Audits prüfen regelmäßig auf

82 algorithmische Diskriminierung – bei Verstößen wird das System sofort angepasst  
83 oder außer Betrieb genommen.

84 • Digitale Souveränität und Teilhabe:

85 Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf,  
86 einen 5-Jahres-Migrationsplan für die Umstellung der Verwaltungs-IT auf Open-  
87 Source-Software nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins zu beschließen – Public  
88 Money = Public Code wird verbindlich. Hamburg beendet die Nutzung von Microsoft  
89 365 an Schulen. Für kritische Infrastruktur dürfen keine Aufträge an Unternehmen  
90 vergeben werden, die dem US CLOUD Act unterliegen. Gleichzeitig wird für jedes  
91 digitale Verwaltungsangebot eine gleichwertige analoge Alternative garantiert.

## Begründung

erfolgt mündlich